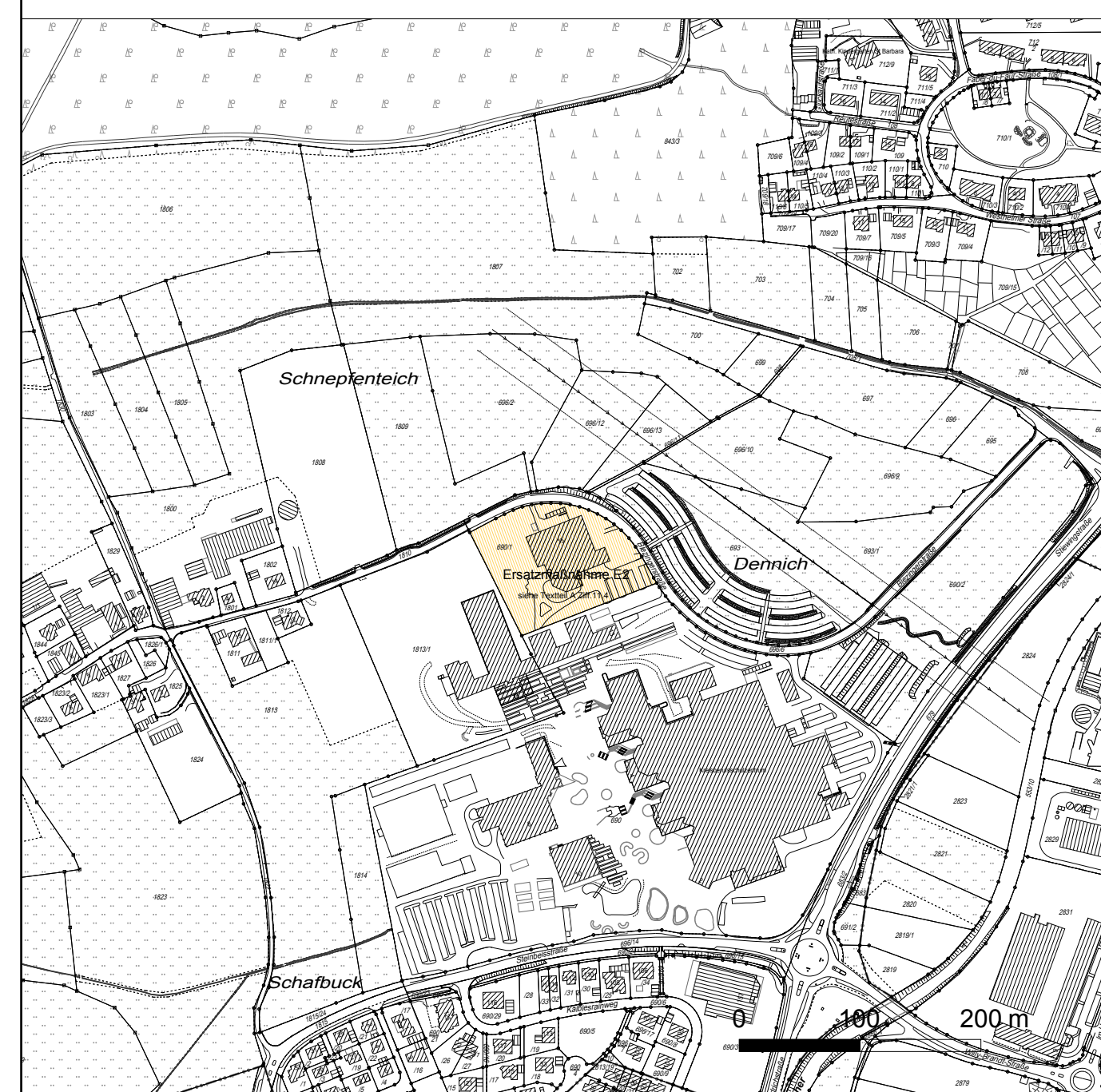
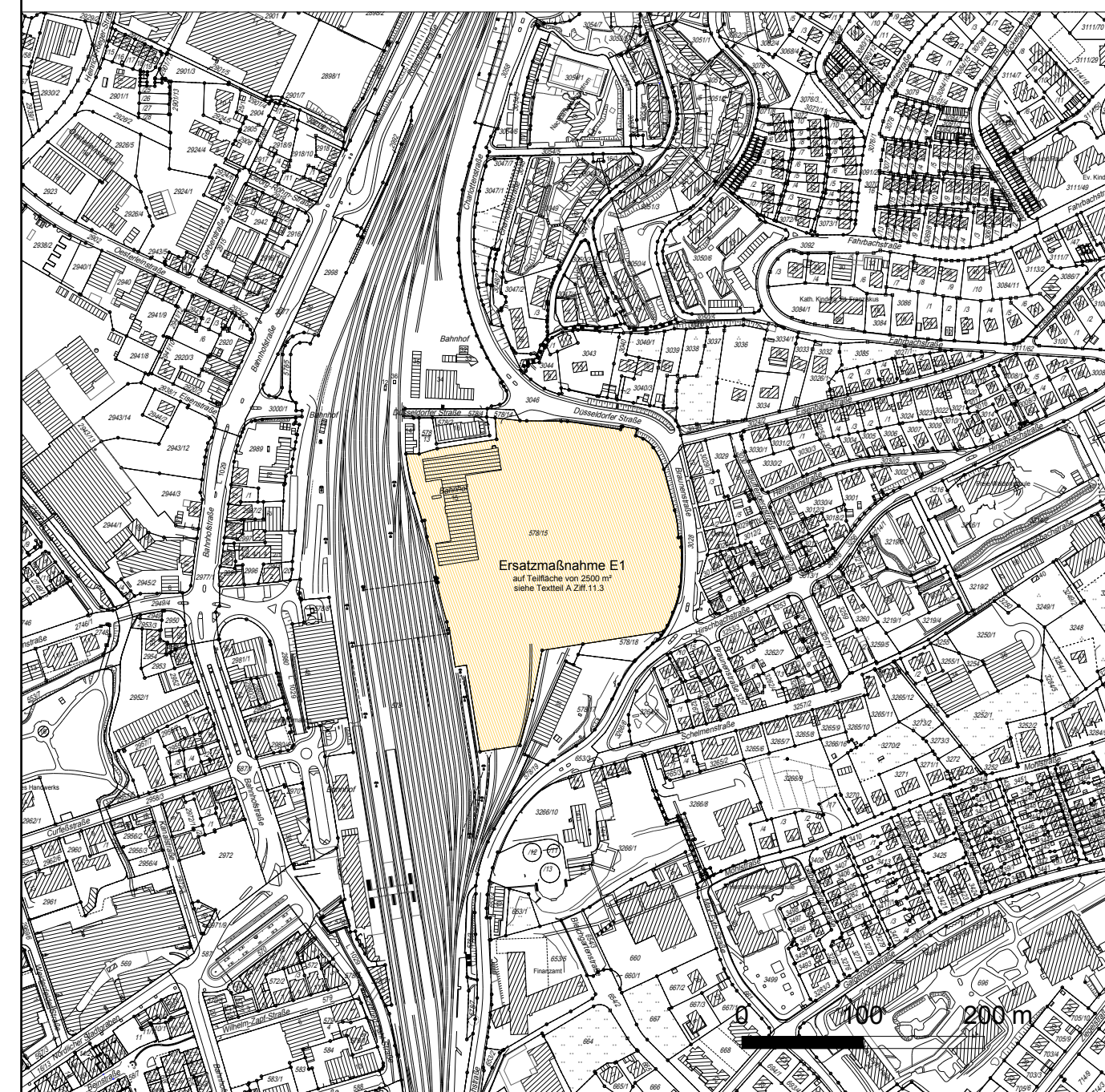


ÜBERSICHTSPÄNE EXTERNE AUSGLEICHSPÄCHEN



A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN ZUM BEBAUUNGSPLAN "ZWISCHEN STIEWINGSTRASSE UND BLEZINGERSTRASSE" IN DEN PLANBEREICHEN 78-03 UND 78-04, PLAN NR. 78-03	
Rechtsgrundlagen:	BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2014 (BGBl. I S. 944) BauNVO in der Fassung vom 15.07.2014 (BGBl. I S. 121) zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) LBO in der Fassung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357) zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2013 (GBl. S. 389, 440) PlanVO in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58) zuletzt durch Gesetz vom 22. 07. 2011 (BGBl. I S. 1509)
In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:	
1. Bauliche Nutzung	Sonstiges Sondergebiet nach §11 BauNVO - Ausbildungsstätte Das Sondergebiet für eine Ausbildungsstätte dient den verschiedenen Raumbedürfnissen der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Allgemein zulässige Nutzungen sind: - Bildungsstätten mit Seminarräumen, Werkstätten und Aufenthaltsräumen, - Stellplätze, - sonstige dem Nutzungszweck der Anlage dienende Einrichtungen.
1.1 Art der baulichen Nutzung (S1-15 BauNVO)	Sonstiges Sondergebiet nach §11 BauNVO - Ausbildungsstätte
1.2 Maß der baulichen Nutzung (S16-21 BauNVO)	Entsprechend den Einschrieben im Plan. Ausnahme: Die maximale Gebäudehöhe wird von der Höhe der Gebäudehöhe bis zur überkante Wandabschluss / Attikaabschluss gemessen. Die maximale Gebäudehöhe darf durch untergeordnete notwendige technische Anlagen (z.B. Aufzüge, Aufzugsbühnen) ausgenommen werden, wenn diese mindestens 1,50 m von der Gebäudewand abgerückt sind. Technische Aufbauten sind vollständig einzubauen (siehe auch B. örtliche Bauvorschriften Ziffer 1.2 Dachdeckung und Dachbegrenzung und Ziffer 1.3 Dachaufbauten).
1.2.1 Grundflächenzahl (S19 Abs.1 BauNVO)	Entsprechend den Einschrieben im Plan.
1.2.2 Höhe der baulichen Anlagen (S16 Abs.2 Nr.4 und S18 Abs.1 BauNVO)	Entsprechend den Einschrieben im Plan und Darstellung in der Zeichenerklärung.
1.2.3 Höhenlage der baulichen Anlage (S9 Abs.3 BauGB i.V. mit §16 Abs.3 BauNVO)	Für die Orientierung der Höhenlage der baulichen Anlagen ist ein unterer Maßbezugspunkt (UMBP) festgesetzt.
2. Bauweise (S22 BauNVO)	Entsprechend den Einschrieben im Plan und Darstellung in der Zeichenerklärung.

3. Überbaubare Grundstücksflächen (S9 Abs.1 Nr.2 BauGB)	Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die in Plan eingeschriebenen Baugrenzen festgesetzt.
4. Nebenanlagen (S14 BauNVO u. §23 Abs.5 Satz 1 BauNVO)	In den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Gebäude als Nebenanlagen im Sinne von §14 Abs.1 BauNVO zulässig.
5. Fläche für Garagen und Stellplätze (S9 Abs.1 Nr.4 BauGB)	In der festgesetzten Grundfläche sind Stellplätze, Garagen, überdachte Stellplätze und Tiefgaragen zulässig.
5.1 Stellplätze	Stellplätze sind, von der Blezingerstraße aus gesehen, zwischen der rückwärtigen Baugrenze und der Straßenbegrenzungslinie zulässig.
5.2 Garagen, überdachte Stellplätze (Carports)	Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
5.3 Tiefgaragen	Tiefgaragen sind zulässig. Die nicht überbaute obere Abschlussfläche von Tiefgaragen ist mit mind. 40 cm reichlich abgedeckt und intensiv zu begrünen. Die Vegetationsflächen sind mit geeigneten Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen und gärtnerisch zu gestalten.
6. Unterirdische Stützwerke (S9 Abs.1 Nr.26 BauGB)	Zur Herstellung des Baukörpers für die öffentlichen Verkehrsflächen sind in den an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 12 cm ab Binnenseite Randstreifen und einer Tiefe von 35 cm ab Oberkante Randstreifen erforderlich. Der Randstreifen ist von Anlieger ohne Entschädigung zu dulden.
7. Standorte für die öffentliche Straßenbeleuchtung (S12 BauGB)	Zur Errichtung von Beleuchtungskörpern (Mastleuchten) sind Standorte auch auf privaten Grundstücken erforderlich. Die notwendigen Fundamente, Leitungsführungen und der Beleuchtungskörper selbst sind vom Anlieger ohne Entschädigung zu dulden. Diese Festsetzung gilt für eine Fläche von 0,50 x 0,50 m, gemessen ab Grundstücksgrenze entlang der öffentlichen Verkehrsflächen.
8. Von der Bebauung freizuhaltende Flächen (S9 Abs.1 Nr.10 BauGB)	Abstandsflächen für Hochbauten gem. §22 Abs.1 Straßengesetz Baden-Württemberg.
9. Anschlüsse anderer Flächen an die Verkehrsflächen (S9 Abs.1 Nr.11 BauGB)	Ein- und Ausfahrten für Kraftfahrzeuge sind entlang der in Lagplan entsprechend beschilderten Flächen nicht zulässig. Ausnahmen sind zulässig für Feuerwehrausfahrflächen bzw. Feuerwehrausfahrten.
10. Flächen für die Rückhaltung / Versickerung von Niederschlagswasser sowie für die Regelung des Wasserabflusses (S9 Abs.1 Nr.14 und 16 BauGB)	Innerhalb des Sondergebiets 80 bzw. der privaten Grundfläche sind die für die Rückhaltung / Versickerung erforderlichen Anlagen herzustellen bzw. zu erhalten. Zur Gestaltung siehe dazu Festsetzung A.1.2. Die Ableitung des Drosselabflusses sowie der Oberflächenabflusses über den angrenzenden Wassergraben zum Weidenfeldbach.
11. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (S9 Abs.1 Nr.20 BauGB)	Zuordnung der Ausgleichsmaßnahmen (§§ 9 Abs.1a und 13a Abs.2 BauGB)Die im Lagplan als SFF-Flächen bzw. / Maßnahmen dargestellten Ausgleichsmaßnahmen (Maßnahmen A1 bis A2) sowie die externe Ersatzmaßnahme E1 auf Flst. 690/1 (Festsetzungen Ziffer A.1.1.2 und E2 auf Flst. 690/1 (Festsetzungen Ziffer A.1.1.4) sind Bestandteil der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Diese Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (SFF-Flächen) sind als Grundfläche innerhalb der Geltungsbereichs des Bebauungsplans zugeordnet, die aufgrund der Festsetzungen dieses Bebauungsplans in Natur und Landschaft eingewiesen sind.
11.1 Ausgleichsmaßnahme A1 - Magerwiese mit Einzelbäumen	Auf der im Lagplan entsprechend gekennzeichneten Fläche ist die bestehende Wiese als Magerwiese zu extensivieren und weiter zu entwickeln. Innerhalb dieser Fläche sind in Rahmen der Freiraumgestaltung für die geplante Bebauung in Sondergebiet Laubbaum Gehölze für die Rückhaltung / Versickerung gemäß den Festsetzungen A.10 i.V.m. A.11.2 zulässig. Genaue Beschreibung siehe Hinweise unter Ziffer 0,5.
11.2 Ausgleichsmaßnahme A2 - Regenrückhaltung	Die erforderlichen Anlagen für die Rückhaltung / Versickerung sind mit dem gemäß der örtlichen Bauvorschrift 8.4 zu berechnenden Pufferolumen im Bereich des Sondergebiets bzw. der privaten Grundfläche herzustellen. Genaue Beschreibung siehe Hinweise unter Ziffer 0,5.
11.3 Ersatzmaßnahme E1 - Entsiegelung einer Fläche und Anlegen einer Grünfläche im Stadtoval	Auf dem städtischen Flurstück 578/15 sollen im Bereich des "Stadtovals" ca. 320 m² Fläche entsiegelt und als Grünfläche gestaltet werden. Genaue Beschreibung siehe Hinweise unter Ziffer 0,6.
11.4 Ersatzmaßnahme E2 - Pflanzung einer Streuobstwiese auf dem Flst. 690/1	Auf dem Flst. 690/1 soll eine Streuobstwiese auf einer Fläche von ca. 5,642 m² angelegt und dauerhaft gepflegt werden.
12. Leitungsrechte (S9 Abs.1 Nr.21 BauGB)	Die in Plan besonders gekennzeichneten Flächen sind entsprechend den Einschrieben im Plan mit den folgenden Leitungsrechten zu belasten: LR1 - Leitungsrecht 1: Leitungsrecht zugunsten der EBM OOR AG zur Haltung und Unterhaltung einer 110 kV-Strom-Freileitung mit Schutzstreifen sowie zugunsten des Altkabelnetzes zur Durchleitung von Oberflächenwasser aus dem nordwestlichen Bereich. LR2 - Leitungsrecht 2: Leitungsrecht zugunsten der Träger der Stromversorgung zur Haltung und Unterhaltung von Erdkabeln. Auf den hierdurch belasteten Flächen sind Einrichtungen, Anlagen, Leitungsreife Bepflanzungen sowie Nutzungen aller Art, die den Bestand oder Betrieb beeinträchtigen, nicht zulässig.
13. Fläche für besondere Vorkkehrungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes (S9 Abs.1 Nr.24 BauGB)	Innerhalb des Sondergebiets ist durch geeignete Maßnahmen (z.B. Einbau von Schallschutzfenstern) im geschützten Bereich, das in ruhenden Bereichen Kommunikations- und Arbeitsräumen ein Innenschallpegel von 35 dB(A) nicht überschritten wird.
14. Standort für das Anpflanzen von Einzelbäumen einheimische, standortgerechte Laubbäume, großkrönig (S9 Abs.1 Nr.25a BauGB)	Als 1. In Planung ist beim Anpflanzen von Einzelbäumen einheimische, standortgerechte Laubbäume, großkrönig. a) großkrönige Bäume: Stieliche, Traubeneiche, Sommerlinde, Winterlinde, Bergahorn, Spitzahorn, Esche, Buche, Obstbaumarten. b) Kleinkrönige Bäume: Vogelbeere, Feilbarn, Heibuche, Obstbäume als Hochstamm mit einem Stammdurchmesser von mind. 14 cm (Obstbäume 10/25 cm) zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. In Bereich des Leitungsrechtes LR1 ist nur kleine bis mittelkrönige Bäume zu verwenden und mit dem Leitungsreife abzustimmen. Zu Baum sind mind. 20 m² unversiegelte Fläche in Wurzelbereich vorzusehen. Anpflanzung Bäume sind innerhalb eines Jahres gesichert zu errichten. Abs.2: In Sondergebiet ist je 400 m² Grundstücksfläche mindestens ein einheimischer, standortgerechter Laubbaum (Arten, Pflanzgröße und Wurzelbereich siehe Abs.1) zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Die unter Abs.1 festgesetzten Bäume sowie die Bäume innerhalb der Stellplatzanlagen gemäß Örtlicher Bauvorschrift Nr. B.2.2 werden darauf angerechnet. Auf den festgesetzten Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (FFR) muss der vorhandene Bewuchs erhalten und bei Ausfall durch gleichartige Gehölze ersetzt und dauerhaft erhalten werden (Bäume siehe A. Ziffer 1.1 Abs. 1, Sträucher z.B. Liguster, Weiborn, Sandorn, Haselnuss, Rote Hainbuche, Schwarzer Holunder, Rote Heckenkirsche, Molliger Schneeball, Salweide, Hundrose etc.). Bei Baumaßnahmen sind die Bestimmungen der DIN 18202 (Schutz von Bäumen und Pflanzenbeständen bei Baumaßnahmen) einzuhalten.
15. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (S9 Abs.1 Nr.20 BauGB)	Die in Plan besonders gekennzeichneten Flächen sind entsprechend den Einschrieben im Plan mit den folgenden Leitungsrechten zu belasten: LR1 - Leitungsrecht 1: Leitungsrecht zugunsten der EBM OOR AG zur Haltung und Unterhaltung einer 110 kV-Strom-Freileitung mit Schutzstreifen sowie zugunsten des Altkabelnetzes zur Durchleitung von Oberflächenwasser aus dem nordwestlichen Bereich. LR2 - Leitungsrecht 2: Leitungsrecht zugunsten der Träger der Stromversorgung zur Haltung und Unterhaltung von Erdkabeln. Auf den hierdurch belasteten Flächen sind Einrichtungen, Anlagen, Leitungsreife Bepflanzungen sowie Nutzungen aller Art, die den Bestand oder Betrieb beeinträchtigen, nicht zulässig.

C. NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE FESTSETZUNGEN (S9 Abs. 6 BauGB)	
1. Denkmalschutz (S20 DchSchV v. 6.12.1983)	Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Untere Denkmalschutzbehörde (Bauordnungsamt) oder das Regierungspräsidium Stuttgart, Ref. 86 (Denkmalpflege) mit einer Vertikung der Frist einverstanden ist. S20 DchSchV Auf die Abkündigung von Ordnungswidrigkeiten nach §27 DchSchV wird verwiesen.
2. Ordnungswidrigkeiten	Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 74 LBO erlassenen örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt.
3. Bodenschutzbelange im Bereich der Flächenanpassung und des schonenden Umgangs mit Boden (S21 DchSchV v. 6.12.1983)	Die anfallende Humose Oberboden ist danach vor Verunreinigung und Verfestigung zu schützen. Der Humose Oberboden ist daher zu Beginn der Arbeiten abzutragen und einer Wiederverwertung zuzuführen. Überschüssiger unbelasteter Erdabfall ist möglichst wiederverwerten. Andernfalls ist das überschüssige Bodematerial auf einer dafür zugelassenen Deponie zu beseitigen.
4. Vorlage von Baugesuchen	Mit dem Baugesuch sind Planunterlagen über die beabsichtigte Gestaltung der Außenanlagen einzureichen, welche mind. die Einhaltung der für die jeweilige Grundart geltenden grundrechtlichen Festsetzungen nachweisen. Siehe A. planungsrechtliche Festsetzungen Ziffer 1.1.1, 1.1.1.1, 1.1.1.4, 1.1.5 sowie B. Satzung über örtliche Bauvorschriften Ziffer 2. und 4.
5. Altlasten	In Bereich des Bebauungsplans sind keine Altlasten, Altlagern oder sonstige Hinweise auf eine Bodenbelastung bekannt. Werden in Zuge der weiteren Planung oder der Ausführung der Bauarbeiten Altlasten oder Verunreinigungen des Bodens, des Oberflächenwassers oder des Grundwassers mit Umweltgefahren ausgetrennt, ist das Landratsamt, Ortsabteilung für Wasser-, Abfallwirtschaft und Bodenschutzbehörde umgehend zu informieren. Der belastete Boden muß einer ordnungsgemäßen Verwertung/Beseitigung zugeführt werden.
6. Geotechnik	Das Flangebiet befindet sich in Verbreitungsgebiet von Gesteinen der Oßalation-Formation. In Randbereichen kann auch eine Überdeckung durch Junge Talablagerungen vorliegen. Uneinheitliche Baugrunderverhältnisse sowie möglicherweise geringe Grundwasserstandstände sind möglich. Der Verbreitungsgebiet der Oßalation-Formation liegt - auch bei nur geringen Hangneigungen - zu Randlagen. Objektbezogene Baugrunderverhältnisse gem. DIN 4020 werden empfohlen.
7. Umfang der Ausgleichsmaßnahmen A1 und A2 (siehe auch A. Planungsrechtliche Festsetzungen, Ziffer 11.1 und 11.2)	Einhalt und Weiterentwicklung einer bestehenden Wiese zu einer Magerwiese mit Einzelbäumen: - Einbringung einer Saatgutmischung mit typischen Pflanzen einer Magerwiese regionaler Herkunft - Extensive Bewirtschaftung (keine Düngung, 2-malige Mahd pro Jahr, Anbruch des Mahdguts, frühester Mahdtermin 1.7.) - Fertigstellungs- u. Entwicklungsphase: 5 Jahre Innerhalb der Fläche sind in Rahmen der Freiraumgestaltung für die geplante Bebauung in Sondergebiet mindestens 7 mittel- bis großkrönige Laub-

8. Ausgleichsmaßnahme A2	Herstellung einer Regenrückhaltung: - Anpflanzung von einheimischen standortgerechten Strauchgruppen und geeigneten Hochstäuden. Dabei sind zu verwenden: In wechselfeuchten Bereich Bäume der Arten z.B. Schwarz-Erle, Salweide und Silberweide, Strauch der Arten z.B. Fahlweide, Pfaffenhütchen, Schneeball, Korbweide usw., in oberen Einstauungsgebiet Gebölze entsprechend Festsetzung A.14 Abs.1 bzw. A.15. - Regelungen hierzu auch siehe A. Ziffer 11.2
9. Umfang der externen, außerhalb des Flangebiets auf Flst. 578/15 Liegenden (siehe auch A. Planungsrechtliche Festsetzungen, Ziffer 11.3)	Entsiegelung einer Fläche und Anlegen einer Grünfläche auf Flst. 578/15 im Bereich "Stadtoval": - Entsiegelung von 320 m² bisher vollständig versiegelter Fläche und Gestaltung als innerstädtische Grünfläche. - Beseitigung aller bisher bestehenden Befestigungen auf der Fläche und Abtrag des nicht natürlichen Oberbaus bis zum anstehenden Boden. - Wiederherstellung des natürlichen Bodengefüges und Grundwasserregimes durch Einbringen von Bodensubstrat entsprechend der vorherrschenden geologischen Einheit (Kochwasserleim) und Gestaltung der Fläche als innerstädtische Grünfläche.
10. Ersatzmaßnahme E1	Pflanzung einer Streuobstwiese auf dem Flst. 690/1. Auf dem Flst. 690/1 soll eine Streuobstwiese angelegt und dauerhaft gepflegt werden. Auf den bisher genutzten Flächen des Flst. 690/1 soll eine Fläche von 5,642 m² in eine Streuobstwiese umgewandelt werden und dauerhaft gepflegt werden. - Dabei ist pro 100 m² ein Obstbaumhochstamm zu pflanzen. Niedrige Obstbäume sind durch eine Neupflanzung zu ersetzen.
11. Ersatzmaßnahme E2	Durch den Bebauungsplan (Plan Nr. 78-03) und die Satzung über örtliche Bauvorschriften wird der Bebauungsplan Nr. 78-04 in Bereich des Kreisbauratschulzentrums Aalen mit geplanter Erweiterung, Plan Nr. 78-04/3 vom 31.05.2005, gem. mit §21 Abs. 1 Nr. 21/251/278/04 Aalen vom 30.12.2005, in Kraft getreten am 18.01.2006, soweit sie vom Geltungsbereich dieser Satzungen überlagert werden, aufgehoben.
12. Zeichenerklärung	Genosse des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans und der Satzung über örtliche Bauvorschriften
13. SO Ausbildungsstätte	Sonstiges Sondergebiet - Ausbildungsstätte nach §11 BauNVO
14. GH=12,50m	Gebäudehöhe (GH), hier z.B. maximal 12,50 m
15. 0,4	Grundflächenzahl, hier z.B. 0,4
16. FD	Abweichende Bauweise im Sinne der offenen Bauweise, jedoch Gebäudehöhe über 50 m zulässig
17. Dachform, hier Flachdach	Baugrenze (nicht zwingend gem. §23 Abs.3 BauNVO)
18. Straßengrenzungsline ohne Anschluss der Grundstücke für den Verkehr auf die Verkehrsfläche (S9 Abs.1 Nr. 11 BauGB)	private Grünfläche (S9 Abs.1 Nr.15 BauGB)
19. Fläche für besondere Vorkkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umweltwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes (S9 Abs.1 Nr.24 BauGB)	Fläche für besondere Vorkkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umweltwirkungen im Sinne des Bundesimmissionschutzgesetzes (S9 Abs.1 Nr.24 BauGB)
20. Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen siehe Textteil A. Ziffer 15 (S9 Abs.1 Nr.25 BauGB)	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft siehe Textteil A. Ziffer 11 (S9 Abs.1 Nr.20 BauGB)
21. mit Leitungsrecht (LR1) zu belastende Fläche siehe Textteil A. Ziffer 12 (S9 Abs.1 Nr.21 BauGB)	mit Leitungsrecht (LR1) zu belastende Fläche siehe Textteil A. Ziffer 12 (S9 Abs.1 Nr.21 BauGB)
22. mit Leitungsrecht (LR2) zu belastende Fläche siehe Textteil A. Ziffer 12 (S9 Abs.1 Nr.21 BauGB)	mit Leitungsrecht (LR2) zu belastende Fläche siehe Textteil A. Ziffer 12 (S9 Abs.1 Nr.21 BauGB)
23. Festsetzung unter Maßbezugspunkt (UMBP), hier z.B. UMBP=489,0m	Festsetzung unter Maßbezugspunkt (UMBP), hier z.B. UMBP=489,0m
24. Oberirdische Leitung (110 kV Strom-Freileitung)	Oberirdische Leitung (110 kV Strom-Freileitung)
25. Der Plan kann auch in schwarz/weiß Darstellung vervielfältigt werden	Der Plan kann auch in schwarz/weiß Darstellung vervielfältigt werden
26. Flächenschema der Nutzungsschablone	Flächenschema der Nutzungsschablone
27. Baugelbiet 1 Maximale Gebäudehöhe	Baugelbiet 1 Maximale Gebäudehöhe
28. Grundflächenzahl 1	Grundflächenzahl 1
29. 1 Bauweise	1 Bauweise
30. Dachform	Dachform
31. Bekanntmachung der Satzungsabschlüsse gemäß § 10 Abs.3 BauGB am 23.09.2015	Bekanntmachung der Satzungsabschlüsse gemäß § 10 Abs.3 BauGB am 23.09.2015
32. Der Bebauungsplan und die Satzung über baurechtliche Vorschriften treten ab 23.09.2015 in Kraft.	Der Bebauungsplan und die Satzung über baurechtliche Vorschriften treten ab 23.09.2015 in Kraft.
33. Aalen, den 23.09.2015	Aalen, den 23.09.2015
34. gez. Heine-Wenzler Erste Bürgermeisterin	gez. Heine-Wenzler Erste Bürgermeisterin

BEBAUUNGSPLAN UND SATZUNG ÜBER ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN	
'Zwischen Stiewingstraße und Blezingerstraße'	
IN DEN PLANBEREICHEN 78-03 UND 78-04	
PLAN NR. 78-03	
MASSSTAB 1 : 500	
OSTALBKREIS STADT AALEN	
GEMARKUNG WASSERALLFINGEN FLUR WASSERALLFINGEN	
Die Übereinstimmung der Flangrundlage mit dem Liegenschaftskataster wird bescheinigt: Aalen, den 27.11.2014 Stadtneussungant	
Bebauungsplan und Satzung über örtliche Bauvorschriften ausgearbeitet: Aalen, den 27.11.2014 Stadtneussungant	
gez. Stoll-Haderer	
Verfahrensvermerke zum Bebauungsplan und zur Satzung über örtliche Bauvorschriften	
AUSGEGERTIGT: Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans vom 18.04.2013 § 58 Beschluss über die Aufstellung der Satzung über baurechtliche Vorschriften vom 18.04.2013 § 58 Auslegungsabschluss des Bebauungsplans nach § 3 Abs.2 BauGB vom 18.12.2014 § 220 Auslegung vom 18.02.2015 bis 18.03.2015 Auslegungsabschluss der Satzung über baurechtliche Vorschriften nach § 3 Abs.2 BauGB vom 18.12.2014 § 220 Auslegung vom 18.02.2015 bis 18.03.2015 Bebauungsplan ist Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen am 23.06.2015 § 14 Satzung über baurechtliche Vorschriften gemäß § 10 BauGB beschlossen am 23.06.2015 § 14 Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und bedarf nicht der Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart gemäß § 10 Abs.2 BauGB Aalen, den 16.09.2015	
gez. Rentlicher Oberbürgermeister	